

EU und USA – Partner vor dem Neuanfang

Die Erwartungen an den am 20. Januar 2009 ins Amt eingeführten neuen US-Präsidenten Barack Obama sind groß: „Wir brauchen eine neue Übereinkunft für eine neue Welt“, betonte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bereits bei seiner Gratulation zum Wahlerfolg Obamas Anfang November 2008. Diese verband Barroso mit dem Wunsch nach einer Auffrischung guter Beziehungen zwischen der EU und den USA.

Die Regierungen der EU-Staaten zeigten Erleichterung, künftig mit dem transatlantischen Partner wieder auf Augenhöhe verhandeln zu können. Das aber setze voraus, dass sich das gestiegene Selbstbewusstsein der Europäer in der Außendarstellung der Europäischen Union stärker niederschläge. Kommissionspräsident Barroso nannte den Ausgang der US-Wahlen einen „Wendepunkt für die Vereinigten Staaten“. Mit einem neu formierten Tandem EU und USA könnte dieser sogar zu einem Wendepunkt für die gesamte Welt werden, so seine Erwartung.

Die Hoffnungen in der EU sind allerorten gewaltig, dass die Vereinigten Staaten mit ihrem neuen Präsidenten eine neue Dynamik in die Weltpolitik bringen. Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana sprach von einem „fantastischen Sieg“ Obamas. Die ausgeschiedene US-Regierung unter George W. Bush hatte sich in den vergangenen Monaten außenpolitisch weitgehend zurückgezogen. Das Vakuum verstanden die EU-Staaten zu füllen, in dem sie außenpolitisch neue Qualitäten zeigten – beispielsweise beim Kaukasuskonflikt. Die Zurückhaltung der Amerikaner hat den Europäern in gewisser Weise gut getan. Sie haben zu einer größeren Sicherheit auf dem internationalen Parkett gefunden und ihre Unabhängigkeit bewiesen.



Er ist der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und der erste mit afro-amerikanischer Abstammung. Barack Obama machte in seiner Antrittsrede Mut und versprach, Amerika werde sich den aktuellen Herausforderungen stellen. Er gilt nicht nur in den USA, sondern auch in Europa als Hoffnungsträger für einen positiven Wandel in der Welt.

Bild: White House Press Office

Doch nun sind wieder beide Seiten des Atlantiks gefordert, um den wachsenden Weltproblemen zu begegnen: Einen „New Deal“ erhofft sich Barroso mit der neuen US-Regierung unter Obamas Führung, „eine neue Vereinbarung über finanzielle Stabilität, weltweiten Wohlstand und Handel, das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele, den Kampf gegen den Klimawandel und die Stärkung der Menschenrechte“. Die Kommission werde den demokratischen Präsidenten bei dem Bemühen unterstützen, eine neue Beziehung zu Europa aufzubauen, verspricht der Kommissionspräsident. Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering lud den neu gewählten US-Präsidenten ein, bei seinem ersten Besuch in Europa eine Rede vor dem Europäischen Parlament zu halten.

Seit Barack Obama von seiner Partei zum Präsidentschaftskandidaten nominiert wurde, hat sich die Lage politisch und wirtschaftlich zum Teil beängstigend zugespitzt. „Wir leben in einer Zeit der Herausforderungen“, betonte Barroso. „Wir leben wirklich in historischen Zeiten, in denen Entscheidungen von heute einen wichtigen Einfluss auf die Generationen von morgen haben können.“ Die Herausforderungen, vor denen die Welt stehe, nähmen auf nationale Grenzen keine Rücksicht: „Wir müssen ihnen gemeinsam entgegentreten.“

Die EU-Bürger haben den US-Wahlkampf aus der Ferne mit großer Spannung verfolgt. Die Medien haben der Berichterstattung breiten Raum eingeräumt. Eine Lehre daraus: Menschen lassen sich für Politik auch heute noch begeistern. Es wird die Aufgabe der Mitgliedstaaten, aber auch der Parteien selbst sein, den Wählern deutlich werden zu lassen, dass EU-Politik ihren Alltag weitaus stärker beeinflusst als so manche politische Entscheidung des neuen US-Präsidenten. Gerade jetzt – wenige Monate vor den Europawahlen. ♦

Aus dem Inhalt

Europa braucht eine Energiepolitik 2
Kommentar von Severin Fischer

Europa im Fernsehen 3
Kommentar von Rainer Wieland MdEP

Ein Stück Europa in China 4
Bericht über die China-EU School of Law

Europäischen Reformprozess fortsetzen 5-7
Beschluss des 54. Bundeskongresses



Europa braucht eine Energiepolitik

Energie ist eine der elementaren Grundlagen gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Lebens in Europa. Der Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine hat wieder einmal bildhaft vor Augen geführt, dass ein gesamt-europäisches Vorgehen notwendig ist, um den Schaden für einzelne Mitgliedstaaten möglichst gering zu halten. Dieses Problems haben sich die Staats- und Regierungschefs der europäischen Mitgliedstaaten auf ihrem Gipfel im März 2007 angenommen. Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit lauteten damals wie heute die Herausforderungen, mit denen sich die Europäische Union auseinandersetzen muss. In der Folge wurde eine Energiestrategie angenommen und ein Energieaktionsplan 2007-2009 aufgelegt, der seitdem als Arbeitsprogramm für die Institutionen der Europäischen Union gilt.

ENERGIEVERSORGUNG ALS SICHERHEITSPROBLEM

Europa ist in seiner Energieversorgung hochgradig importabhängig. Kein Mitgliedstaat hat direkten Zugriff auf alle Energieträger, die er derzeit zur Stromerzeugung, zum Heizen und für die Mobilität benötigt. Da dies keine spezifisch nationale Problematik darstellt, sondern alle Mitgliedstaaten von Versorgungsunterbrechungen direkt oder indirekt betroffen sein können, bringt ein gemeinsames Vorgehen einen messbaren Mehrwert. Die Problematik liegt jedoch nicht nur im gemeinsamen Vorgehen gegenüber den Exportstaaten von Erdöl und Erdgas begründet, sondern auch in den internen Rahmenbedingungen der Europäischen Union. Der Ausbau der Leitungsnetze zwischen den Staaten, die Gewährleistung eines rechtsverbindlichen Solidaritätsmechanismus im Falle von Lieferunterbrechungen und die Erhöhung der Energieeffizienz und damit die Einsparung von Energie sind entscheidende Faktoren, um Europa zukunfts-fähig und sicher in seiner Versorgung mit Energie zu gestalten. Unter französischer Präsidentschaft wurde ein Konzept für die wichtigsten Elemente einer zukünftigen Energieversorgungssicherheitspolitik vorgelegt. Seine Umsetzung durch Rat und Europäisches Parlament wird die Aufgabe der kommenden Jahre sein.

EIN GEMEINSAMER ENERGIEBINNEN-MARKT IM DIENSTE DER VERBRAUCHER

Strom und Erdgas sind Güter, die europaweit gehandelt werden können. Dies ist jedoch noch nicht überall in Europa gewährleistet. Einzelne Energieunternehmen dominieren die nationalen Märkte und sorgen durch ihre gleichzeitige Kontrolle über den Import von Erdgas, die Erzeugung von Strom und die Nutzung der Netze für eine Einschränkung des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen und den Zugang zu Kunden. Um diesen Zustand nachhaltig zu verändern, hat die Europäische Kommission im September 2007 ein Gesetzespaket vorgelegt, das allen Erzeugern von Strom und Importeuren von Erdgas gleichberechtigten Zugang zu den Fernleitungs- und Übertragungsnetzen gewährleisten soll und damit zu einem Preisvorteil für die Kunden führen kann. Auch ein Ausbau der Netze, insbesondere zwischen den Mitgliedstaaten, liegt im Sinn der Kommissionsvorschläge. Trotz einiger noch ungeklärter Fragen sollte es möglich sein, dieses Paket noch in der ersten Hälfte 2009 unter tschechischer Präsidentschaft umzusetzen.

DER KLIMAWANDEL ALS GLOBALE HERAUSFORDERUNG

Die Nutzung von Energie ist für den größten Teil der innerhalb Europas erzeugten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Der daraus resultierende und somit vom Menschen verursachte Prozess der globalen Erwärmung zerstört nicht nur die Lebensgrundlage vieler Menschen in den unterschiedlichsten Regionen Europas, sondern stellt sich weltweit als existenzielle Überlebensfrage und Sicherheitsproblem aller Gesellschaften dar. Da den westlichen Industrieländern eine besondere historische Verantwortung für diese Entwicklung zukommt, liegt es auch an ihnen, diesen Prozess so rasch wie möglich einzudämmen. Die Europäische Union hat mit den Beschlüssen des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments im Dezember 2008 maßgeblich dazu beigetragen, dass Europa mit einem rechtsverbindlichen Klimaschutz-



Bild: IEP

programm zu den Post-Kyoto-Verhandlungen nach Kopenhagen fahren kann. Im Mittelpunkt standen dabei die Neuregelung des Emissionshandelssystems nach 2012 und die Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien. Dieses Maßnahmenpaket ist jedoch nicht erschöpfend, sondern wird von zahlreichen Schritten zur Steigerung der Energieeffizienz in den einzelnen Teilbereichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens unterstützt, die sich derzeit noch in den Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen befinden.

In einem gemeinsamen Projekt der ASKO-EUROPA-STIFTUNG und des Instituts für Europäische Politik (IEP) wird der Prozess der Umsetzung einer EU-Energiepolitik seit März 2007 beobachtet, beschrieben und analysiert. Auf der Website des „EU Energy Policy Monitoring“ (<http://energy.iep-berlin.de>) sind zahlreiche Informationen rund um die Thematik, Dokumente und Analysen in deutscher Sprache zu finden, die stets auf dem neuesten Stand der energiepolitischen Entwicklungen Europas sind.

Dipl.-Pol. Severin Fischer

(Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik Berlin und dort insbesondere Projektkoordinator für EU-Energie- und Klimapolitik.)

Weiterführende Literatur:

Oliver Geden/Severin Fischer: Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Nomos: Baden-Baden, 2008.



Schwache Fernseh-Berichterstattung über Europapolitik

Schaut man sich den Info Monitor 2007 an, so bleibt aus europapolitischer Sicht kein Grund zum Jubel. Die seit 2005 im Auftrag der ARD/ZDF-Medienkommission durchgeführte Untersuchung analysiert die themenbezogene Berichterstattung und deren inhaltliche Gewichtung innerhalb der verschiedenen Nachrichtenformate von ARD, ZDF, Sat.1 und RTL. Über alle Formate addiert, nahm die Berichterstattung im Bereich Politik von 16.613 Minuten (ca. 277 Std.) im Jahr 2006 auf 15.912 Minuten (ca. 265 Std.) 2007 ab.

EU-POLITIK NUR AUF 4. PLATZ

Der Teilbereich „Internationale Politik“ verlor mit einem Rückgang von 323 Minuten auf 8052 Minuten ebenfalls an Boden. Traurig stimmt, dass die Unterkategorie EU-Politik hinter Staatsbesuchen/Internationale Beziehungen, Innenpolitik im Ausland und Terrorismus sich mit dem vierten Platz begnügen muss.

Da passt es ins Bild, dass 2007 Sonderereignisse der europäischen Politik ungleich dargestellt werden. Gab es für die Wahl Nicolas Sarkozys zum französischen Präsidenten Sondersendungen verschiedener Nachrichtenmagazine, blieb der Wahl des Deutschen Hans-Gert Pöttering MdEP zum Präsidenten des Europäischen Parlaments derartige Aufmerksamkeit verwehrt.

CHANCEN BLIEBEN UNGENUTZT

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass das Jahr 2007 mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr besonderer Anlass für europapolitische Berichterstattung gewesen wäre, dann können die Zahlen – gelinde gesagt – nur als schwach bezeichnet werden. Damit blieb wohl auch die Chance ungenutzt, die oft als bürgerfern kritisierte Politik „von denen in Brüssel“ während ihres halbjährigen Gastspiels in Deutschland für die Bürgerinnen und Bürger greifbarer zu machen. Die nächste Chance bietet sich nicht erst beim nächsten deutschen EU-Ratsvorsitz irgendwann nach 2020!



Wie viel Europa ist in den Medien zu finden?
Bild: EU-Kommission

VERBESSERUNG GEFORDERT

Die – entgegen allgemeiner Beteuerung – eher ernüchternde Bilanz der Europaberichterstattung sollte vielmehr im Vorfeld der Europawahl 2009 Ansporn für eine nicht erst in der Feinanalyse einer Studie spürbaren Verbesserung sein!

Rainer Wieland MdEP

(Der Autor ist Landesvorsitzender der Europa-Union in Baden-Württemberg und Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland. Seit Dezember 2008 ist Wieland Vizepräsident des European Movement International und vertritt die Europa-Union Deutschland beim ZDF-Fernsehrat.)

Die Europa-Union Deutschland hat die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten aufgefordert, europäischen Themen mehr Sendezeit einzuräumen – sowohl im Rahmen bestehender Programme als auch durch neue Sendeformate. Dazu zählten auch Unterhaltungssendungen: mit „Eurotainment“ könnte das Interesse an und Wissen über Europa spielend gefördert werden.
(Beschlossen vom 54. Bundeskongress)

Ich möchte Mitglied der EUROPA-UNION Deutschland werden.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Beruf

Telefon

Fax

Email

Geburtsdatum (freiwillig)

Werber

Der Mitgliedsbeitrag wird gemäß der geltenden Beitragsordnung der Landesverbände erhoben und beträgt derzeit in der Regel jährlich 43 € (ermäßigt 21,50 €). Darin eingeschlossen ist der Bezug der Mitgliederinformation „Europa aktiv“.

Zudem erwerbe ich (ohne Mehrkosten) die Mitgliedschaft bei den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) bis zum 35. Lebensjahr.

Ich ermächtige die Europa-Union, den Jahresbeitrag per Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

Geldinstitut: _____

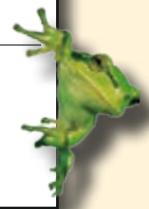
BLZ: _____

Diese Erklärung gilt bis zu meinem schriftlichen Widerruf.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte senden an:

EUROPA-UNION Deutschland
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin





Ein Stück Europa in China

Seit die China-EU School of Law (CESL) im Oktober 2008 feierlich durch den EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und den chinesischen Vizepremier Li Keqiang eröffnet wurde, ist ein Stück Europa auch in China zu finden. Die Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Hamburg konnte sich zusammen mit einem Konsortium aus 15 Partnern im Wettbewerb gegen internationale Konkurrenz durchsetzen und ist durch die Europäische Kommission federführend mit der Betreibung der Hochschule betraut worden. Diese Aufgabe unterstützt die Kommission mit einem Zuschuss von 17,5 Millionen Euro.

RECHTSSTAATLICHKEIT VERANKERN

Auftrag der CESL ist es, die chinesische Regierung zu unterstützen, das Prinzip Rechtsstaatlichkeit in China zu verankern und die Nachhaltigkeit der Rechtsreformen zu sichern. Die CESL wird dabei von einem Konsortium aus 15 akademischen Partnern unterstützt – 12 davon sind namhafte Universitäten aus zehn europäischen Ländern, darunter die renommierten Universitäten Sciences Po Paris, die Universität Manchester und die Universität Maastricht. Die CESL fördert das Verständnis chinesischer Juristen von Europarecht und dem Recht der einzelnen Mitgliedstaaten und bietet in Form eines „best practice“-Ansatzes eine Auswahl von Lösungsmöglichkeiten. Wertvoll sind insbesondere die Erfahrungen aus den EU-Mitgliedstaaten, die selbst vor nicht langer Zeit einen Transformationsprozess erlebten. So sind Polen und Ungarn, vertreten durch die Jagiellonian Universität Krakau, die Eötvös Loránd Universität Budapest sowie die Central European University, hochgeschätzte Mitglieder des CESL-Teams.

KONTAKTE VERMITTELN

Neben der Schulung von chinesischen

Richtern, Staats- und Rechtsanwälten, unterhält die CESL Angebote für europäische Praktiker, die den Kontakt zu China suchen. Angefangen von einführenden Seminaren in das chinesische Recht bis hin zu konkreten Fragestellungen, etwa die rechtlichen Grundlagen von Investitionen in China, sind Kurse, die auf Unternehmen und Kanzleien aus Europa zugeschnitten sind und diesen praktisches Wissen vermitteln sollen.

EUROPÄISCHES BEWUSSTSEIN

Mit sino-europäischer Forschung sowie Beratung chinesischer Regierungseinheiten in Fragen der Rechtsentwicklung verankert die CESL ein europäisches Bewusstsein in China. Der europäische Fingerabdruck in der chinesischen Gesetzgebung hat klare Vorteile für Europa, das bei einer stärkeren Beeinflussung durch die amerikanische Rechtskultur das Nachsehen hätte.

STUDIENANGEBOT IN CHINA

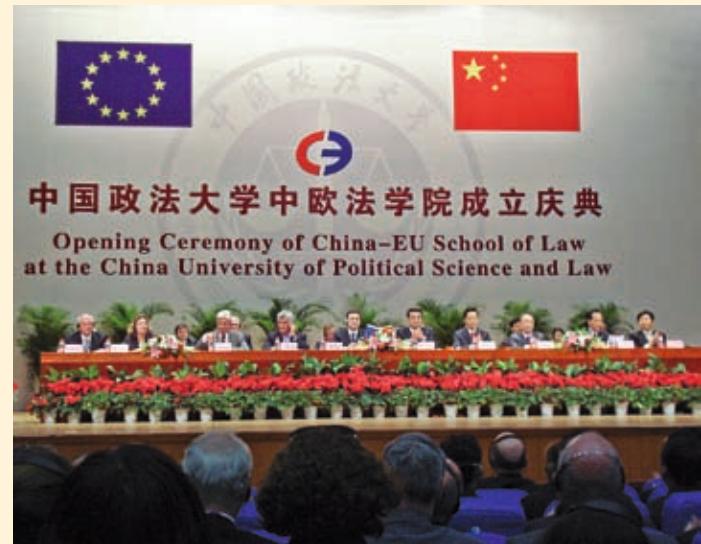
Die europäische Bildung und der europäisch-chinesische Dialog setzen aber auch vor Eintritt in das Berufsleben an. Für Postgraduierte aus China und Europa bietet die CESL seit dem Wintersemester 2008 einen „Master of Law (LL.M.)“ an. Europäischen Studierenden bietet sich so die Chance, drei Semester an der CESL in Peking gemeinsam mit Chinesen europäisches und internationales Recht mit Fokus China zu studieren. Dies er-

möglicht ihnen, sich neben fundierten Kenntnissen im europäischen Recht auch die Grundlagen von Recht, Kultur und Sprache Chinas anzueignen und das Verständnis für unterschiedliche Systeme in einer komplexer werdenden Welt zu schulen. Praktika bei einer der CESL-nahen europäischen Anwaltskanzleien, die in China tätig sind, runden die Ausbildung ab und zeigen die Praxisrelevanz der Ausbildung. Ein zweiwöchiger Einführungskurs im Sommer bereitet die Studierenden auf das Leben in ihrem zukünftigen Gastland vor. Die Bewerbungsfrist für das Wintersemester läuft noch bis zum 15. März 2009.

Weitere Information zur CESL und den angebotenen Programmen unter: www.cesl-beijing.eu. Kontakt: China-EU School of Law, c/o Universität Hamburg, Fakultät für Rechtswissenschaft, CESL, Schlüterstraße 28, 20146 Hamburg, E-Mail: cesl@jura.uni-hamburg.de

Daniela Jänicke

(Die Autorin ist European Manager der China-EU School of Law mit Sitz in Beijing.)



Feierliche Eröffnung der China-EU School of Law

Bild: CUPL



China-EU School of Law

At the China University of Political Science and Law

Europäischen Reformprozess fortsetzen

Zehn Forderungen zur Zukunft des Lissabon-Vertrages

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland setzt sich weiterhin mit Nachdruck für das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ein. Die Europäische Union braucht eine rechtsverbindliche Grundrechtscharta, eine größere Transparenz ihrer Entscheidungen, mehr Rechte für das Europäische Parlament und auch für die nationalen Parlamente sowie regelmäßige Mehrheitsentscheidungen im Rat. All dies garantiert der Vertrag von Lissabon. Ohne diese Integrationsschritte ist die EU der 27 nicht in der Lage, die großen Herausforderungen der Zukunft zu meistern wie beispielsweise die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, den Klimawandel und die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus. Ohne diese Reformen ist die EU nicht in der Lage, unbegrenzt weitere Erweiterungen zu verkraften.

Die Europa-Union Deutschland bekräftigt in diesem Zusammenhang zugleich ihr Ziel, dass alle europäischen Staaten, die die Beitreittskriterien erfüllen, die Möglichkeit erhalten sollen, Teil des vereinten Europas zu werden. Doch muss die erweiterte EU handlungsfähig bleiben und auf einem gesicherten Wertefundament beruhen. Dies ist heute nicht in hinreichendem Maße der Fall. Der Europäische Rat hatte bereits im Vorfeld des zurückliegenden Erweiterungsprozesses im Juni 1993 die „Kopenhagener Kriterien“ beschlossen. Diese besagen neben anderem, dass die EU dazu in der Lage sein muss, sich zu erweitern, ohne an Integrationsdynamik zu verlieren. Institutionelle Reformen und Erweiterung gehören für uns nach wie vor untrennbar zusammen.

Die Europa-Union Deutschland bedauert deshalb außerordentlich, dass der Vertrag von Lissabon am 12. Juni 2008 von 53,4 Prozent der Teilnehmenden am Referendum in Irland abgelehnt worden ist.

Die Europa-Union Deutschland respektiert den Verlauf der Ratifizierungsprozesse in den einzelnen Mitgliedstaaten. Angeichts der Tatsache, dass dieser Vertrag bereits von der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedstaaten, die eine große Mehrheit der

Europäerinnen und Europäer repräsentieren, ratifiziert worden ist, fordert die Europa-Union Deutschland, dass sich kein Mitgliedstaat hinter dem „Nein“ eines anderen Mitgliedstaates verstecken darf. Dies liegt auch im Interesse der Bundesbürgerinnen und -bürger, auch wenn hier noch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aussteht. Der Vertrag von Lissabon erfüllt nicht alle inhaltlichen Wünsche und Erwartungen der Europa-Union Deutschland und ihrer europäischen Dachorganisation, der Union Europäischer Föderalisten. Dennoch verdient er Unterstützung, denn ohne diesen Vertrag wäre eine Weiterentwicklung des Integrationsprozesses für lange Zeit blockiert, und es droht die Gefahr von Spaltungen der EU-27.

der politische Willen der Bürgerinnen und Bürger in den anderen 26 EU-Staaten muss entsprechende Berücksichtigung finden. Für Irland gilt: Das Volk ist der Souverän. Aber jeder Souverän kann seine Meinung ändern – oder auch nicht. Es ist an Irland zu entscheiden, ob das Land Teil des in der EU vereinigten Europas bleiben oder einen anderen Weg beschreiten will. Entscheidet sich Irland weiter gegen den Vertrag, so bedarf es einer Neuregelung des Verhältnisses zwischen EU und Irland. Die irische Regierung hat zugesagt, eigene Vorschläge zur Lösung der Vertrauenskrise einzubringen. Der Europäische Rat hat im Dezember 2008 darüber debattiert. Es gilt nun, auf der Grundlage der identifizierten Gründe für das Irische Nein konsequent zu handeln. Das Vertrau-



Treffen zum Auftakt der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft: Mirek Topolánek (r.), Ministerpräsident Tschechiens und amtierender EU-Ratspräsident, und José Manuel Barroso, EU-Kommissionspräsident
Bild: EU-Kommission

Die Europa-Union Deutschland tritt daher dafür ein, dass alle den Vertrag von Lissabon unterstützenden politischen Kräfte in Europa engen Kontakt mit der irischen Regierung, dem irischen Parlament und den anderen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Irland halten, um doch noch eine Zustimmung Irlands zum Vertrag von Lissabon zu erreichen. Der irische Referendumentscheid sollte die Europäische Union zum Nachdenken zwingen. Eine einseitige Verurteilung Irlands, verbunden mit Ausgrenzung, ist der falsche Weg. Bei allem Respekt vor der Referendums-Entscheidung des irischen Volkes, ist die Europa-Union aber auch der Meinung, dass die europäische Integration nicht von der Entscheidung von 5 Millionen Iren abhängen darf. Auch

en der irischen Bevölkerung zu Europa soll zurückgewonnen werden. Zugleich geht es darum, die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union zu erhalten.

Die Europa-Union Deutschland fordert deshalb mit Nachdruck eine Fortsetzung des europäischen Reformprozesses und richtet an die politisch Verantwortlichen die folgenden zehn Forderungen:

1. Das Nein der Iren verstehen – aber nicht hinnehmen!

Die Gründe für das irische Nein liegen sowohl in inhaltlichen Bedenken als auch in der Sorge um ein Schwinden der nationalen Eigenständigkeit und des Mitspracherechts



auf der europäischen Ebene. So wurde polemisiert, dass Irland bei Steuerfragen künftig überstimmt werde und dass die EU unerwünschte Vorschriften beim Thema Abtreibung machen würde. All dies hat mit dem Vertrag von Lissabon und den darin enthaltenen Fortschritten für die Europäische Union nichts zu tun. Laut Umfragen waren 22 Prozent der Iren nicht oder nur völlig unzureichend über den Vertrag informiert. Dadurch wurden die Bürgerinnen und Bürger von Interessengruppen – mit hohem publizistischem und finanziellem Aufwand – instrumentalisiert. Im Hinblick auf die Reformnotwendigkeiten der EU und auf die mit dem Vertrag von Lissabon verbundenen Fortschritte ist eine Blockadesituation auf dieser Grundlage nicht hinnehmbar.

2. Die Vorteile von Lissabon und der EU insgesamt besser vermitteln!

Ein Referendum über einen umfangreichen und sehr kompliziert formulierten Vertrag ist zweifelsohne eine große politische Herausforderung. Dennoch gibt es keine Alternative zu einer präzisen, knappen und klaren Information über die wesentlichen Bestandteile des Reformvertrages von Lissabon. Von dem Vertrag profitieren alle europäischen Bürgerinnen und Bürger und auch kleinere Staaten wie Irland. Der Einfluss der Volksvertreter im Europäischen Parlament steigt. Eine Million Unionsbürgerinnen und -bürger können über eine Bürgerinitiative Themen auf die Tagesordnung der EU-Institutionen setzen. Die demokratische Legitimation und Handlungsfähigkeit der dem europäischen Gemeininteresse verpflichteten Europäischen Kommission steigt. Diese Reformen führen zu mehr Demokratie und mehr Handlungsfähigkeit. Damit werden genau die Wünsche vieler Kritiker an den bisherigen Zuständen in der EU umgesetzt! Insbesondere in der Außenpolitik muss endlich mit einer Stimme gesprochen werden. In der Klimaschutzpolitik und bei der Energiesicherheit – zwei für die Bürgerinnen und Bürger sehr wichtigen Themen – muss es zu entschiedenem Handeln der EU nach innen und außen kommen. Die Europa-Union Deutschland fordert daher eine neue europaweite Informations- und Diskussionskampagne zu wichtigen Feldern der Euro-

papolitik. Hierbei müssen auch die tatsächlichen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in der Europäischen Union herausgestellt werden. Nationale Regierungen und Interessengruppen müssen zu ihrer Verantwortung für EU-Politik stehen und dürfen sich nicht länger hinter einer Alleinverantwortung „Brüssels“ verstecken. Diese Informationskampagne muss insbesondere auch auf junge Menschen abzielen und Wissen über Europa und die Europäische Union stärker in Schulen und Hochschulen vermitteln. Nur wenn junge Leute ausreichende Kenntnisse über die europäische Einigung besitzen, kann dies auch zu einem nachhaltigen Engagement für den Einigungsprozess über die Generationen hinweg führen.

3. Die Ratifizierung zügig fortsetzen!

Richtigerweise wird der Ratifizierungsprozess durch die nationalen Parlamente weitergeführt, stets mit außerordentlich großen Mehrheiten. Jüngst hat auch Schweden als 25. Staat den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Der polnische Staatspräsident hat nach einigem Zögern zu erkennen gegeben, dass er den Vertrag unterzeichnen wird. Auch die Tschechische Republik sollte den Vertrag noch in diesem Jahr ratifizieren, damit die tschechische Ratspräsidenschaft im ersten Halbjahr 2009 unbelastet von internem Streit über Lissabon durchgeführt werden kann. Wenn man davon ausgehen kann, dass auch in Schweden und Deutschland einer völkerrechtlichen Ratifizierung nichts mehr im Wege steht, wäre Irland das einzige Land, das nicht ratifiziert hat. Dies dürfte die Chancen für ein zweites Referendum stärken.



Feierliche Stunde zur Einführung des Euro zum 1. Januar 2009 in der Slowakei:
(v.l.n.r.) Svetlana Ficova, Robert Fico, Slowakischer Premierminister, und José Manuel Barroso, EU-Kommissionspräsident

Bild: EU-Kommission

4. Handeln ohne Zeitverzögerung!

Den Iren sollte klargemacht werden, dass ohne ein Inkrafttreten des Reformvertrages von Lissabon der Nizza-Vertrag mit all seinen Schwächen weiter gilt. Die irische Regierung hat sich eine Einmischung von außen verboten, auch durch den EU-Ratspräsidenten. In einem Europa der Integration ist eine Nichteinmischung auch eine Einmischung. Irland besteht auf einem tiefgehenden Prozess der Analyse und der Suche nach Konsens. Das alles darf aber kein Grund sein für ein langes Hinauszögern. Die EU braucht ein neues Fundament, das spätestens zum 1.1.2010 in allen Mitgliedstaaten angenommen ist.

5. Keine Neuverhandlung über den Inhalt des Vertrages!

Es darf keine neuen Verhandlungen über den Inhalt des Vertrags von Lissabon geben. Die institutionellen Regelungen dieses Vertrags, die schon gegenüber dem Verfassungsentwurf abgeschwächt wurden, müssen erhalten bleiben. Denkbar sind allenfalls Klarstellungen im Hinblick auf einzelne Regelungen des Vertrags sowie spezifische Zusicherungen für die Außen- und Sicherheitspolitik.

6. Die Voraussetzungen für größere außenpolitische Handlungsfähigkeit schaffen!

Die Ereignisse im Irak, in Afghanistan und zuletzt im Kaukasus haben gezeigt, wie nötig eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist. Kein Staat der EU verfügt allein über ausreichend politisches Gewicht, um internationale Entwicklungen und Fragen wie z.B. Klimaschutz und Energiepolitik zu beeinflussen. Gemeinsame europäische Positionen gegenüber den USA und auch gegenüber der Energiegroßmacht Russland sind erforderlich. Deshalb sind umgehend die institutionellen Voraussetzungen für eine stärkere Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen. Wichtig sind daher der zügige Aufbau des im Vertrag von Lissabon vorgesehenen auswärtigen Dienstes der EU und die Einsetzung eines starken europäischen Außenministers (im Vertrag von Lissabon „Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ genannt).

7. Keine Erweiterungen ohne den Lissabon-Vertrag!

Die Europäische Union ist in den zurück liegenden fünf Jahren um zwölf Staaten auf insgesamt 27 Mitgliedstaaten gewachsen. Dies stellte einen ungeheuren politischen Kraftakt dar. Die Erfahrungen mit den zurückliegenden Erweiterungen zeigen, dass ein Beitritt sorgfältig vorbereitet werden muss und nicht zu früh erfolgen sollte. Die Europa-Union Deutschland fordert, dass den Beitrittskandidatenländern so lange keine konkreten Versprechungen

gegeben und schon gar keine konkreten Beitrittsdaten genannt werden, solange die EU ihre Handlungsfähigkeit nicht durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon oder entsprechend weiterführender institutioneller Regelungen wieder gewonnen hat.

8. Über Alternativen ernsthaft nachdenken!

Sollte die Ratifizierung in Irland nicht zustande kommen, darf die EU nicht auf der Grundlage von Nizza verharren. Eine Option bleibt eine noch stärkere Nutzung der vertraglich vorgesehenen differenzierten Integration. Staaten, die vorangehen wollen, gegebenenfalls auch deutlich über den Vertrag von Lissabon hinaus, dürfen sich nicht aufhalten lassen.

9. Eine neue Debatte über die europäische Identität beginnen!

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung der EU muss von der Politik, aber auch von den Schulen, den Medien und den Organisationen der Zivilgesellschaft über die grundlegenden Ziele der EU Überzeugungsarbeit geleistet werden. Ziel der europäischen Einigung ist der demokratische und handlungsfähige europäische Bundesstaat. Die Vertiefung der EU hat Vorrang vor einer erneuten Erweiterung. Die Europa-Union verweist in diesem Zusammenhang erneut auf die fünf Grundsätze der Charta der Europäischen Identität, die sie am 28. Oktober 1995 bei ihrem Bundeskongress in Lübeck angenommen hat. Die Europäische Union ist mehr als ein großer Binnenmarkt; sie ist:

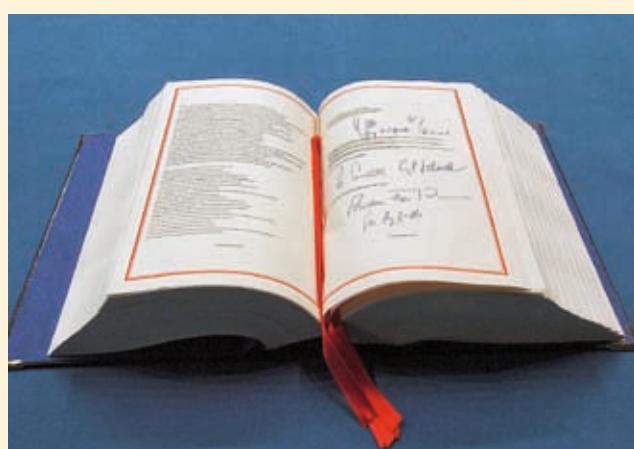
- Schicksalsgemeinschaft,
- Wertegemeinschaft,
- Lebensgemeinschaft,
- Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft und zugleich
- Verantwortungsgemeinschaft.

In diesen Grundsätzen wird klar zum Ausdruck gebracht, dass jedes Mitglied der Union gleich berechtigt und gleich verpflichtet Anteil

am Wohl des Ganzen hat. Das bedeutet auch, sich über die Gestalt der Union Klarheit zu verschaffen. Die Bedeutung der gemeinsamen Werte und die Übereinstimmung hierüber sind im Moment wichtiger als die Erweiterung der Union. Sonst droht sie an ihren inneren Widersprüchen zu scheitern.

10. Referenden über die Zukunft der EU sollten europaweit organisiert werden!

Wird die irische Botschaft richtig verstanden, und wird seitens der Regierung des Landes und der Institutionen der Europäischen Union ernsthaft gehandelt, sollte die Zustimmung der irischen Bevölkerung zum Vertrag von Lissabon in einem zweiten Referendum erreichbar sein. Die Europa-Union Deutschland verweist jedoch darauf, dass sich die Europäische Union durch eine Beibehaltung nationalstaatlicher Referenden über Verträge von grundlegender Bedeutung für die Weiterentwicklung ganz Europas in die Abhängigkeit von Ad-hoc-Mehrheiten in einzelnen Mitgliedstaaten, wie jetzt im Falle Irlands, begibt. Deswegen sollte von dem Instrument der Referenden bei komplexen internationalen Verträgen möglichst selten Gebrauch gemacht werden. Langfristig sollten derartige Reformverträge allerdings einem europaweiten Referendum unterworfen werden, bei dem die Zustimmung durch eine qualifizierte Mehrheit der Bürger und eine qualifizierte Mehrheit der EU-Staaten erforderlich, aber auch ausreichend ist. Eine Europäische Verfassung, die den inneren und äußeren Herausforderungen Europas gerecht wird und die Grundlagen für eine Europäische Föderation schafft, bleibt unser Ziel. Für diese Europäische Verfassung muss geworben werden. Dann wird es auch möglich sein, für dieses Ziel die Unterstützung der europäischen Bürgerinnen und Bürger in einem europaweiten Verfassungsreferendum zu gewinnen. ■



Kommt irgendwann doch eine Europäische Verfassung?

Bild: EU-Kommission

(Beschlossen vom 54. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland am 22. November 2008 in Saarbrücken. Weitere Informationen zu Beschlüssen des Bundeskongresses sind über die Homepage www.europa-union.de erhältlich.)



„Globalisierung light: Bietet Europa einen dritten Weg?“

Europäischer Abend im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise



Dr. Rudolf Jindrák



Michael Link MdB



Philipp Mißfelder



Markus Feldenkirchen



Roland Berger



Franziska Drohsel



Dietlind Jering



Kirsten Lühmann



Rege Diskussion im Podium

Alle Bilder: dbb

Brandaktuell war die zentrale Fragestellung des siebten Europäischen Abends. Wieder einmal hatten die Veranstalter – Europa-Union Deutschland, dbb und Vertretung der Europäischen Kommission – ein „gutes Näschen“ bei der Themenwahl bewiesen. Entsprechend groß war die Resonanz: Mehr als 250 Gäste folgten der Einladung ins dbb-Forum in Berlin, um zu hören, welchen „dritten Weg“ die Redner und Diskutanten des Abends für Europa zur Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise aufzeigen würden.

Das Zauberwort heißt „soziale Marktwirtschaft“; dies wurde trotz unterschiedlicher Blickwinkel auf das Thema und einer lebhaften Debatte im Podium bald deutlich. Eine Wirtschafts- und Finanzordnung mit klaren, verbindlichen Regeln, die es ermöglicht, dass sich die Kräfte des Marktes entfalten, und zugleich die Teilhabe der Menschen an den erwirtschafteten Werten nicht außer acht lässt – dieses Modell müsste in Deutschland und Europa nicht neu erfunden, aber Prioritäten neu gesetzt werden.

Mit der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung hätten die Europäer bereits eine Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart gegeben, so die kommissarische Leiterin der

EU-Kommissionsvertretung in Berlin, Dietlind Jering. Die Krise führe vor Augen, wie wichtig die Umsetzung der Maßnahmen für wirtschaftliche, soziale und ökologische Erneuerung und Nachhaltigkeit sei, um die Produktivität und Innovationsgeschwindigkeit der EU zu erhöhen. Für Michael Link, Vorsitzender der Parlamentariergruppe der Europa-Union im Deutschen Bundestag, hat die EU bereits einen entscheidenden Beitrag zur Stabilität geleistet. „Hätten wir die EU nicht, stünden wir heute wesentlich schlechter da“, betonte er mit Hinweis auf den Euro und den Binnenmarkt als Kerengerüst der europäischen Integration. Nur gemeinsame Konfliktlösungsstrategien führen aus der Krise – innerhalb der EU wie auf globalem Parkett. Vor nationalen Alleingängen warnte auch der tschechische Botschafter Dr. Rudolf Jindrák, zeigte sich aber sicher, dass die EU als Rechtsraum Protektionismus verhindern könne. Mit der Wirtschaftskrise sieht sich Tschechien, das unter seiner Ratspräsidentschaft den Ratifizierungsprozess des Lissabon-Vertrages zum Abschluss bringen will, vor eine weitere schwierige Aufgabe gestellt. Bei der Auflage von Konjunkturprogrammen mahnte der Botschafter zur Vorsicht: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt dürfe nicht aus den

Augen verloren werden. Als politisch weitsichtig bezeichnete Unternehmensberater Roland Berger beispielsweise Investitionen in Umwelttechnologien; in diesem Sektor könnten künftig weit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als in der Autoindustrie. Soziale Marktwirtschaft lebe von Innovation. Nicht Überregulierung, sondern neue Ideen und neue Produkte sicherten Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Wieviel Regulierung der Markt verträgt und im globalen Maßstab durchsetzbar ist, wurde auf dem Podium unter der Moderation von Andreas Ulrich (rbb) kontrovers diskutiert. Roland Berger, die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann, Spiegel-Redakteur Markus Feldenkirchen sowie die Juso-Vorsitzende Franziska Drohsel und ihr Counterpart von der Jungen Union, Philipp Mißfelder, stimmten bei aller Gegensätzlichkeit der Standpunkte allerdings darin überein, dass transparente Entscheidungs- und Kontrollmechanismen dort notwendig sind, wo die Aufsicht bisher versagt hat, nämlich bei den Finanzdienstleistern. Die Krise verlange kreative Antworten über die EU hinaus: Die Europäer müssten ihre gemeinsamen Anliegen in einem gemeinsamen Aktionsplan der G20-Länder einbringen. ■

Karel Schwarzenberg verspricht ein „Europa ohne Barrieren“

Tschechischer Außenminister trifft Parlamentariergruppe der Europa-Union

„Wir müssen uns den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen“, forderte der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg am 15. Dezember 2008 in einem Hintergrundgespräch mit mehr als 50 Abgeordneten und Gästen auf Einladung der Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag in Berlin.

EUROPA OHNE BARRIEREN

Vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie des Georgienkrieges rief Schwarzenberg dazu auf, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen. Unter dem Motto der tschechischen Ratspräsidentschaft „Europa ohne Barrieren“ sollte gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs eine Öffnung der Märkte erfolgen, die mit der Verteidigung sozialpolitischer Standards einhergeht. Langfristig müssten aber Subventionen und Fördermaßnahmen in bestimmten Bereichen abgebaut werden. Dies käme der europäischen Bildungs- und Hochschulpolitik zugute, bei der Schwarzenberg eine mangelnde Reformbereitschaft der EU-Mitgliedstaaten kritisierte.

LISSABON-VERTRAG WIRD RATIFIZIERT

Schwarzenberg ließ keinen Zweifel aufkommen, dass der Lissabon-Vertrag zu Beginn des nächsten Jahres durch das tschechische Parlament ratifiziert werden wird



Vorstandsmitglieder der Parlamentariergruppe mit dem tschechischen Ehrengast: (v.l.n.r.) Johannes Jung MdB, Rainder Steenblock MdB, Außenminister Karel Schwarzenberg und Michael Link MdB

und zeigte sich zufrieden, dass Staatspräsident Klaus den Vertrag unterzeichnen wird. Für die Ratspräsidentschaft, welche die Tschechische Republik seit 1. Januar 2009 für ein halbes Jahr innehat, kündigte Schwarzenberg an, dass das Land so agiert, als „wenn wir bereits ratifiziert hätten“.

ERWEITERUNG FORTSETZEN

Im Hintergrundgespräch zeigte sich der Außenminister als entschiedener Anhänger der Erweiterung der EU und empfahl die Aufnahme der Länder des Westbalkans, „solange diese noch willens sind beizutreten“. Auch der Türkei sollte eine Beitrittsperspektive eröffnet werden. Europa müsse sich seiner Verantwortung gegenüber der Türkei klar werden und die vielfältigen Klischees und Vorurteile, die über das Land im Westen existieren, überwinden. Bezuglich der europäischen Nachbarschaftspolitik forderte Schwarzenberg die EU dazu auf, nicht durch den Aufbau neuer Institutionen, sondern durch projektbezogene Arbeit und konkrete Maßnahmen die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Nachbarstaaten zu stärken. Dies führe dort zu mehr Stabilität und damit auch zu größerer Sicherheit für die Europäer.

TRANSATLANTISCHE SICHERHEIT

In diesem Zusammenhang erklärte der Außenminister, Europa müsse sich intensiv mit dem wieder erstarkten Russland befassen, wobei er eine „offene und ehrliche Auseinandersetzung“ forderte. Die Sicherheit Europas könne nur mit Hilfe der USA



Die tschechische Delegation zu Gast im Bundestag auf Einladung der Parlamentariergruppe der Europa-Union
Bilder: Marco Schwarz

und der NATO gewährleistet werden. Solange die EU keine eigenen gemeinsamen Streitkräfte besitzt, „ist die transatlantische Bindung die Sicherheitsgarantie für Europa“, so Schwarzenberg.

VERTRAUEN IN TSCHECHIEN

Rainer Steenblock, der als Vorstandsmitglied der Bundestags-Parlamentariergruppe der Europa-Union das Hintergrundgespräch organisiert und moderiert hatte, sprach für die Abgeordneten, als er dem Gast bescheinigte, die europäische Außenpolitik werde bei ihm „in guten Händen“ sein. Michael Link, Vorsitzender der Parlamentariergruppe, sieht in der tschechischen Ratspräsidentschaft einen Anlass zur Freude. „Ich habe großes Vertrauen zu den tschechischen Freunden“, erklärte Link im Anschluss an den Vortrag von Schwarzenberg.

Die überparteiliche Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland lädt regelmäßig die künftigen Präsidenten des Rates der Europäischen Union zu einem Hintergrundgespräch ein. Gäste waren bereits die Außenminister Sloweniens und Frankreichs. Der Parlamentariergruppe gehören im Bundestag derzeit 130 Abgeordnete von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen an.



Schleswig-Holstein

Europe direct geht in die Verlängerung

Rechtzeitig zum Europawahljahr 2009 wurde die Förderung für das Europe direct Zentrum des Landesverbandes um vier weitere Jahre verlängert. „Damit sehen wir uns in unserer Arbeit bestätigt“, freut sich Landesvorsitzender Jens Ruge. Am 3. Dezember 2008 besuchte Dietlind Jering, kommissarische Leiterin der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, das Informationszentrum, um in einer Feierstunde den Förderbescheid zu überreichen. Sie zeigte sich besonders beeindruckt von der engen Zusammenarbeit mit den anderen Europaakteuren in Schleswig-Holstein.

Zukunft der Energieversorgung

Mit der Unterstützung von E.ON Hanse und dem Engagement von Dr. Jörn Krautwurst als energiepolitischem Vordenker konnte das 2. Nord-europäische Forum zur Zukunft der Energieversorgung realisiert werden. Stefan Brumm von der E.ON Hanse sieht eine große Herausforderung in dem weltweit überproportional zur Weltbevölkerung ansteigenden Energieverbrauch. Obwohl die E.ON Hanse der siebtgrößte Windenergieversorger der Welt sei und 170 Blockheizkraftwerke in Norddeutschland betreibt, hält Brumm einen Verzicht auf den Bau von Kohle-Großkraftwerken nicht für möglich. 50 Prozent der deutschen Großkraftwerke werden in den nächsten zehn Jahren stillgelegt. Durch die Abschaltung von Kernkraftwerken in Süddeutschland und den Ausbau der Windenergie in Norddeutschland sieht Daniel Müther von der Bundesnetzagentur ein Energieverteilungsproblem auf Deutschland zukommen. Im Zielkanon der EU, bis zum Jahr 2020 den CO₂-Ausstoß um 20 Prozent zu verringern,

20 Prozent Energie einzusparen und den Energiebedarf mit 20 Prozent erneuerbaren Energieträgern zu decken, sieht Andreas Eichler von Vestas Deutschland die Photovoltaik und Windenergie als zentrale Bausteine. Eine weltweite Betrachtung des Energiebedarfs sei wichtig. Vor dem Hintergrund des Energiehunders der aufstrebenden Volkswirtschaften in den Schwellenländern und den instabilen politischen Systemen der Rohstofflieferanten werde die Unabhängigkeit der Energieversorgung stark an Bedeutung gewinnen. Diese globalen Zusammenhänge unterstrich Mathias Badenhop vom Institut für politische Wissenschaften der Universität Kiel in seinem Vortrag über die Interdependenzen zwischen Energiesicherheit und Energiepolitik. Beim 3. Energieforum im Jahr 2009 wird der Fokus auf die regenerativen Energieträger gerichtet.



Europäische Perspektiven für die Wirtschaft

„Der Europäische Binnenmarkt ist noch nicht vollendet, wir brauchen ihn aber dringend“, begann Wirtschaftsminister Dr. Werner Marnette seinen ein-



(v.l.n.r.) Jens Ruge, Dr. Philipp Muhrmann, Susann Henning, Volker Romeike und Dr. Werner Marnette

Bild: Carsten Massau

leitenden Vortrag auf dem Wirtschaftsforum der Europa-Union und des Verbands der Südholtsteinischen Wirtschaft. „Insbesondere auf dem Energiesektor haben wir noch Nachholbedarf.“ In der Finanzmarktkrise sehe er die Schleswig-Holsteinische Wirtschaft mit ihren 110.000 mittelständischen Betrieben vergleichsweise gut aufgestellt. Denn die Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken seien mit ihrer guten Liquidität ein stabilisierender Faktor. Die Landespolitik könne flankierend in die Forschung investieren und müsse die Verkehrsinfrastruktur verbessern, damit Schleswig-Holstein nicht von der europäischen Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt werde.

Die Hinterlandanbindung der Fehmarnbelt-Brücke im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze und die Verlängerung der A20 bis zur A7 seien zwei Beispiele. Susann Henning vom Enterprise Europe Network der Investitionsbank stellte EU-Fördermöglichkeiten für die Wirtschaft vor. Volker Romeike von der Auftragsberatungsstelle der IHK gab Tipps zum EU-Vergaberecht. Welche Perspektiven der Europäische Binnenmarkt einem Mittelständler bietet, erläuterte Dr. Philip Murmann in seinem mitreißen Vortrag. Durch das Programm führte Thomas Kopsch vom Ortsverein Glinde.

Verantwortlich: Carsten Massau



Nordrhein-Westfalen

Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg

Marlene Lenz geehrt

Am 9. Dezember 2008 wählte der Kreisverband einen neuen Vorstand. Die langjährige Vorsitzende, Marlene Lenz, wurde in ihrem Amt bestätigt. Für ihre beispielhaften Verdienste überreichte UEF-Vizepräsident Heinz-Wilhelm Schaumann Marlene Lenz die Ehrenmedaille der Europa-Union. Anschließend sprach EP-Kandidat RA Axel Voss zum Thema „Europäische Union – Akteur auf der Weltbühne?“ und stellte sich einer lebhaften Diskussion mit dem Plenum.



UEF-Vizepräsident Heinz-Wilhelm Schaumann ehrt Marlene Lenz mit der Europa-Union-Medaille.

Bild: Ingrid Sprengelmeier-Schnock

Kreisverband Bocholt Lösungen diskutiert

Die 56. Mitgliederversammlung widmete sich der neuen Diskussions-Reihe zum Thema „Europäische Lösungen für die Krisen unserer Zeit“. Dr. Sven Pastoors, Politologe an der TU Dortmund, diskutierte mit den Mitgliedern zunächst über die derzeitige Finanzkrise. Weitere Themen waren das Scheitern der Europäischen Verfassung sowie die mangelnde Wahlbeteiligung bei den Europa-Wahlen. Abschließend ehrte Vorsitzender

Emanuele Mascolo die Mitglieder Wilhelm Bollwer, Bernhard Demming, Dr. Hans-Jürgen Höppener und Jochen Splitthoff für ihre 25-jährige Treue zur Europa-Union.

SV Lünen/KV Unna Wahljahr 2009

Ein umfangreiches Programm hatte der Stadtverband, der sich seit 40 Jahren für ein vereintes, föderales und demokratisches Europa einsetzt, bei seiner Jahreshauptversammlung zu bieten. Als Referent war Landesvorsitzender Wolfram Kuschke MdL zum Thema „Die Herausforderungen an die Europa-Union im Wahljahr 2009“ geladen. Bei den Wahlen wurde Elisabeth Scharrenberger-Oesterle in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt. Gleichzeitig fand auch die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Unna statt, auf der Martin Kersting als Kreisvorsitzender und Elisabeth Schnarrenberger-Oesterle als seine Stellvertreterin bestätigt wurden.

KV Düsseldorf Weihnachtsempfang

Am 4. Dezember 2008 veranstaltete der Kreisverband einen Weihnachtsempfang. Als Gastredner war der Generalkonsul Frankreichs, Gilles Thibault, eingeladen. Er referierte über die Ergebnisse der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Danach wurde Edith Baron, die ihren 80. Geburtstag feiern konnte, mit der Goldenen Ehrennadel der Europa-Union geehrt. Sie war 20 Jahre Vorsitzende des Kreisverbandes.

Kreisverband Gütersloh Zypern im Fokus

Im Dezember 2008 fand ein interessanter Abend mit Zypern als thematischem Mittelpunkt statt. Im vollbesetzten Saal des Mar-

kusgemeindezentrums konnte der Vorsitzende des Kreisverbandes und der Deutsch-Griechischen Gesellschaft, Jürgen Jentsch, die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Mechthild Rothe MdEP, begrüßen. Wieder einmal zeigte es sich, dass das Thema Zypern viele Interessierte anlockt. In ihren Ausführungen betonte Rothe dann auch, dass sie nach den jahrelangen Verhandlungen die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung Zyperns nicht aufgebe. Sie hoffe, dass im nächsten halben Jahr mit einer Entscheidung zur Wiedervereinigung zu rechnen sei. Allerdings käme für Zypern nur eine föderale Staatsform in Frage. Dieses bekräftigte auch der zyprische Botschaftsrat Michalis Koumidis, der aus der Berliner Botschaft angereist war. Nach einer intensiven Diskussion traf man sich zum Ausklang zu Einzelgesprächen auf Einladung der zyprischen Botschaft.



(v.l.n.r.) Botschaftsrat Michalis Koumidis, Mechthild Rothe MdEP und Dr. Pantaleon Giakoumis
Bild: EU/EB NRW

Stadtverband Monheim EU und Russland

„Russland hat im Georgien-Konflikt zu hart reagiert, agiert hat allerdings Georgiens Staatspräsident Michail Saakaschwili“, waren die klaren Aussagen von Klaus Hänsch MdEP, der auf Einladung von Kreisvorsitzendem Manfred Klein zum Thema „Europa und Russland“ referierte. Hänsch befürwortete die jetzt von den EU-Außenministern beschlossene Wiederaufnahme der Verhandlungen zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland, die anlässlich des Georgienkonfliktes im August unterbrochen worden waren.

Verantwortlich: Dr. Pantaleon Giakoumis



Niedersachsen

Komitees zu den EP-Wahlen

Seit den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 sind in Städten und Landkreisen eine Reihe von Komitees gegründet worden, die überparteilich mit Veranstaltungen und Initiativen für gute Wahlbeteiligungen bei den Europawahlen werben. In den letzten Wochen sind weitere dazugekommen, so dass Komitees in Lüneburg und Stade, in den Landkreisen Oldenburg, Vechta und Diepholz, in Gifhorn, Hameln und Bad Pyrmont sowie in Göttingen tätig sind. Mit zunehmender Bedeutung des Europaparlements, seinen bemerkenswert wachsenden Zuständigkeiten setzen Parteien und Interessensverbände immer stärker auf eigene europapolitische Aktivitäten. Dennoch bleiben unabhängigen und überparteilichen Organisationen wie der Europa-Union Möglichkeiten, für die Europawahlen zu werben, u.a. in Foren, in denen die regionalen Kandidatinnen und Kandidaten ihre europapolitischen Schwerpunkte und Zielsetzungen darlegen und zur Diskussion stellen, oder mit Initiativen, die Wahlberechtigte ermuntern, sich an der Europawahl im Juni zu beteiligen, insbesondere Erst- und Jungwähler.

„Europe direct“ in Niedersachsen

Rechtzeitig zum Europawahljahr 2009 hat die EU-Kommission bekannt gegeben, wo in den nächsten vier Jahren Informations- und Beratungsstellen von „Europe direct“ tätig sein werden. Zu den bisher in Niedersachsen bestehenden – Europahaus Aurich, Europa-Büro Braunschweig, Europäisches Informations-Zentrum (ElZ) Niedersachsen in Hannover, „Europe direct Lüneburg“ und „Europe direct Oldenburg“, „Europe direct Landkreis Osnabrück“ – ist „Europe direct Diepholz/Syke“ hinzugekommen. Auch für die Vereine der Europa-Union können sich solche Einrichtungen als sehr nützlich erweisen. So haben in Oldenburg Verein und „Europe direct“ im vergangenen Jahr gemeinsam vier Veranstaltungen

angeboten: „Europa-Projekte in der Region“, „Klimawandel und Küstenregionen“ (EU-Forschungsprojekt), „Auf dem Weg zu einem sozialen Europa?“ und eine Diskussion über das Grünbuch der Kommission „Migration & Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme“, wozu anschließend eine Stellungnahme erarbeitet werden konnte. Mit der Vielfalt der Themen konnten sehr unterschiedliche Personengruppen angesprochen werden.



Interessierte Zuhörer mit zahlreichen Fragen zum Thema „Soziales Europa“



Dr. Eva Högl, Europa-Bauftragte im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, referiert zum Thema: „Auf dem Weg zu einem sozialen Europa?“
Bilder: Europa-Union Niedersachsen

Kreisverband Diepholz Kulturpolitik

Am Abend des 6. November 2008 kamen Mitglieder der Europa-Union und einige interessierte Bürgerinnen und Bürger in den Genuss eines hochkarätigen Vortrags des Kulturredakteurs der Mediengruppe Kreiszeitung, Dr. Rainer Beßling, zum Thema „Regionale Vielfalt als Fundament europäischer

Kulturpolitik“. Im Anschluss nutzten die Zuhörer die Gelegenheit über die zentrale Frage des Referates: „Kann europäische Kultur in ihrer Vielfältigkeit identitätsstiftend sein?“ mit dem Referenten zu diskutieren.

Für Rainer Beßling besitzt die Kultur durchaus diese Fähigkeiten, wenn sie zum einen Vielfalt zulasse, zum anderen aber der Kulturbegriff nicht überstrapaziert werde. Kulturpolitik müsse integrieren! Gerade die Unterschiede in der europäischen Bevölkerung würden ein kulturelles Umfeld schaffen, in dem jede und jeder seinen Platz finden könne. „Toleranz gedeiht nicht auf dem Nährboden von Massenbewegungen und Gleichschaltung der Individuen, sondern auf der Basis von Individualität und Stärke jedes Einzelnen.“ Die daraus resultierenden Erkenntnisse für unser Zusammenleben und insbesondere für die Erziehung unserer Kinder sollten Anlass genug für alle gesellschaftlichen Kräfte sein, nicht nur die Anforderungen an Integration, sondern auch die Kultur- und Bildungspolitik und nicht zuletzt unseren Gesellschaftsbegriff zu überdenken.

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Volkshochschule des Landkreises Diepholz statt. Das Referat von Dr. Rainer Beßling erschien als erste Veröffentlichung einer neuen Schriftenreihe mit dem Titel „Gespräche in der Freudenburg“ und kann sowohl als Broschüre als auch als PDF-Datei beim Kreisverband unter vorstand@eu-kreisverband-diepholz.de oder telefonisch bei der VHS über die Telefonnummer 0 42 42 - 9 76 41 22 angefordert werden.

Verantwortlich: Adolf Schröder

Baden-Württemberg

Beste Rede über Europa ausgezeichnet

Im Rahmen des vom Staatsministerium ausgerichteten Europa-Abends in der Villa Reitzenstein verlieh Europaminister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart die von der Europa-Union und der Europäischen Bewegung ausgelobten Preise für die beste „Rede über Europa“. Minister Reinhart nahm die Ehrung der Preisträger gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der Europa-Union, Rainer Wieland MdEP, und dem Präsidenten des Landeskomitees der Europäischen Bewegung, Prof. Dr. Christian O. Steger, vor.



(v.l.n.r.) Rainer Wieland MdEP, Prof. Dr. Christian O. Steger, Isabelle Janz, 3. Preisträgerin des Schülerwettbewerbs „Rede über Europa“, und Europaminister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart

Bild: Europa-Union Baden-Württemberg

Stadtverband Staufen-Münstertal 25. Jubiläum

Der Stadtverband Staufen-Münstertal beging im Rahmen einer Feierstunde sein 25-jähriges Bestehen. Der Präsident des baden-württembergischen Landtags, Peter Straub, hob in seiner Festrede die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für das zusammenwachsende Europa hervor. Als besondere Ehrung erhielt die Vorsitzende des Stadtverbandes, Sieglinde Lange, für ihr langjähriges Engagement die Staufer-Medaille des Landes.

Kreisverband Freiburg Verjüngung

Mit neuem und jüngeren Führungsteam will der Kreisverband „Europa in Freiburg sichtbarer“ machen. „Europa geht uns alle an“, sagte die neue Vorsitzende Carolin Dunkelberg bei der von Rainer Wieland MdEP geleiteten Mitgliederversammlung. Mit einigen Aktionen und Veranstaltungen will man in den kommenden Monaten auf die Europawahl 2009 aufmerksam machen. So gab es bereits am 19. November 2008 eine Auftaktveranstaltung zum Thema „Wählen in Europa!“ mit Andreas Schwab MdEP. Auf der jüngsten Mitgliederversammlung wurde nach einem interessanten und informativ gestalteten Vortrag von Eric R. Schüler M.A. aus aktuellem Anlass ausgiebig über das Thema „Der neue US-Präsident, Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen“ diskutiert.

Kreisverband Karlsruhe Aktionsbündnis

Regierungspräsidium, Stadt, Landratsamt und der Kreisverband der Europa-Union haben am 9. Dezember 2008 eine Kampagne für die Europawahl 2009 gestartet: ein viel versprechendes Aktionsbündnis, in dem sich neben Stadt und Gemeinden Mandatsträger, politische Parteien und engagierte Mitglieder der Europa-Union gefunden haben. Breit angelegt sollen Bürger der Stadt und des Landkreises Karlsruhe über die Wahl und ihre Bedeutung für jeden einzelnen Bürger informiert werden. Hauptziel ist eine Verbesserung der Wahlbeteiligung in allen Bereichen um zehn Prozent.

Kreisverband Ortenau Martinsgansessen

Auch 2008 veranstaltete der Kreisverband das zur guten Tradition gewordene Martinsgansessen. Kreisvorsitzender Dr. Roland Giebenrath konnte inmitten von mehr als 50 Besuchern die Vorsit-

zenden der Stadtverbände Achern und Oberkirch, Jürgen Klemm und Dr. Otmar Philipp, Dr. Inge Bräutigam als Jürgen Klemms Vorgängerin sowie etliche Mitglieder und Europa-Freunde aus der gesamten Umgebung begrüßen.

Ortsverband Achern Polenreise

Um die Kontakte nach Polen aufzufri-schen und zu erweitern, bot der Ortsverband im Oktober 2008 eine fünftägige Kultur- und Begegnungsfahrt in die Bischofs- und Universitätsstadt Oppeln an. Ein Abstecher nach Breslau und eine Spurensuche nach Joseph von Eichendorff gehörten zu den Programmpunkten.

Kreisverband Göppingen Wechsel im Vorsitz

Daniel Frey heißt der neue Vorsitzende und stammt aus Dürnau. Peter Kunze aus Göppingen und Gisela Hack gehören weiterhin als Stellvertreter dem geschäftsführenden Vorstand an. Peter Hofelich MdL hielt das Impulsreferat zum Thema „Daseinsvorsorge“ und lobte die Entwicklung der Europa-Union im Kreis sowie die Leistungen von Peter Kunze, der den Verein von 2004 bis 2008 leitete.

Kreisverband Rems-Murr Finanzmarktkrise

Die Rolle der EU angesichts der aktuel- len Finanzmarktkrise stand bei zwei Veranstaltungen im Mittelpunkt. Der Präsident der Europäischen Bewegung, Wirtschaftsminister a.D. Dr. Dieter Spöri, sprach über die Hintergründe der Krise und unterstrich dabei die Bedeutung der EU und des europäischen Wirtschafts- modells zur Überwindung der Krise. Der Ortsverband Winnenden veranstaltete ebenfalls eine Informationsveranstaltung zum Thema, bei der Markus Hofmeister, Filialdirektor Privatkunden bei der Kreis- sparkasse Winnenden, eine aufschlussrei- che Analyse der Finanzkrise lieferte.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg



Rheinland-Pfalz

Jahrzehnte erfolgreich

Die Europa-Union als überparteilicher und gemeinnütziger Verband ist eine ideelle Gruppierung, in der ihre Mitglieder nicht um politische Mandate und Ämter kämpfen. Das ist Vorteil und Nachteil zugleich. Nutzen wir den Vorteil und zeigen unserem persönlichen und beruflichen Umfeld, was die Europa-Union alles angestoßen hat und werben damit Mitglieder. Die von uns in den 60er Jahren geforderte Einführung der Reisefreiheit ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Zwei Jahrzehnte kämpften wir für die Direktwahl des Europäischen Parlaments. Die heutigen Europaminister sind aus den von der Europa-Union geforderten Europabefragten für die 1. Direktwahl hervorgegangen. Und der Euro: seit 1949 traten wir für eine gemeinsame europäische Währung ein, die jetzt ein Stabilitätsanker in der weltweiten Finanzkrise ist!

Aufruf

Wir brauchen Mitglieder, die mit uns europäische Antworten auf die Globalisierung, auf energetische und klimatische Herausforderungen, auf Terrorismus und kriegerische Auseinandersetzungen suchen. Über mögliche Erweiterungen ist ebenso zu diskutieren wie über die Frage

nach der Finalität der europäischen Einigung. Wenn auch 88 Neumitglieder, geworben von 31 engagierten Mitgliedern, den demographisch bedingten Abgang fast ausgleichen, so sind Neuwerbungen dringend erforderlich. Und dazu ruft der Landesvorstand jedes Mitglied auf und schreibt wieder interessante Buch- und Bildbände als Prämien aus.

Zustimmung

Im Land positiv aufgenommen wurden die Entschlüsse des Landeskongresses, die Landtagspräsident Joachim Mertes allen Fraktionen und dem Europa-Ausschuss zuleitete, zum Lissabon-Vertrag mit der Forderung nach Fortsetzung der Integration in jedem Falle, zu Mindeststandards für den Finanzsektor und zur Einwanderungs- und Asylpolitik. „Die Ziele finden meine volle Unterstützung“, schreibt Ministerpräsident Kurt Beck.



Zur gemeinsamen Wanderung waren kommunalpolitische Mandatsträger und europäisch gesinnte Bürger beiderseits des Grenzflusses Lauter von der „Amicale franco-allemande des maires Bad Bergzabern – Wissembourg – Lauterbourg“ sowie den Kreisverbänden Bad Bergzabern/Südliche Weinstraße und Germersheim eingeladen. Auf der Wanderung mit dem abschließenden Wildschweinessen wurde die Gelegenheit zum deutsch-französischen Austausch von rund fünfzig Teilnehmern rege genutzt.

Bild: Europa-Union Rheinland-Pfalz

Beschlusslage ändern!

Die Bitte an den Bundestag, auf dem Dach des Reichstages dauerhaft zwei Europaflaggen zu hissen, ließ dessen Präsident mit einer ausführlichen Darlegung der Beschlusslage beantworten, nach der „die Verbundenheit des Bundestages zur EU durch drei im und vor dem Reichstagsgebäude angebrachte Europaflaggen ausgedrückt wird“. Anregung an Ältestenrat und Präsidium: Beschlusslage erneut überdenken und ändern!

Kreisverband Mayen-Koblenz Unterwegs nach Europa

Eine Fahrt nach Morbach und Bernkastel mit Energiepark-Besuch, Wanderung und gemütlichem Beisammensein sowie eine Diskussion mit Dr. Jorgo Chatzimarkakis MdEP über die aktuelle Europapolitik dienten dem gleichen Ziel: über Europa zu informieren.

Geschäftsführenden Vorstandsmittel Heiko Sippel, trat Landrat a.D. Hansjochem Schrader nicht mehr zur Wiederwahl an. Manfred Däuwel überbrachte den Dank des Landesvorstandes und beglückwünschte Landrat Ernst-Walter Görisch zur Wahl zum Kreisvorsitzenden.

Maximilian van de Sand mit der Silbernen Verbandehrennadel auszeichnete. Im Foyer der Kreisverwaltung wurde die Wanderausstellung „Konrad Adenauer und die Europäische Integration“ in der Südwestpfalz präsentiert.

Kreisverband Pirmasens Föderales Europa

„Die Europa-Union ist vor 60 Jahren angekommen, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. Notwendige Zwischenschritte dürfen vom Ziel nicht ablenken“, erklärte Manfred Däuwel in einer Mitgliederversammlung, in der er Vorsitzenden Heinz-Günter Best und

Zahlreiche Interessenten besuchten das Solarwerk Bad Kreuznach. Verschiedene Experten diskutierten lebhaft mit den Besuchern über die Förderung erneuerbarer Energien, um die Drittlandabhängigkeit zu reduzieren.

Verantwortlich: Manfred H. Däuwel

Kreisverband Alzey-Worms Wechsel

Nach erfolgreicher 17-jähriger Arbeit als Vorsitzender, unterstützt von seinem rührigen



Hessen

Kreisverband Kassel-Stadt Doppeltes Jubiläum

60 Jahre Europa-Union und zehn Jahre Euro: die europäische Bürgerbewegung in Kassel beging ihren Neujahrsempfang mit gleich zwei Jubiläen. „Das Heer der Euro-Skeptiker ist spürbar kleiner geworden. Spätestens mit der weltweiten Finanzkrise hat sich die gemeinsame europäische Währung als ein Stabilitätsanker in der globalisierten Ökonomie bewährt“, betonte Landesvorsitzender Thomas Mann MdEP und führte in seinen Ausführungen das Brüsseler Krisenmanagement und Ängste, aber auch Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger thematisch zusammen. Doch nicht nur zehn Jahre Euro, auch ein eigenes, genauso beeindruckendes Jubiläum sei zu würdigen, sagte Kreisvorsitzender Dr. Norbert Wett bei seiner Begrüßung. „Vor 60 Jahren fanden sich auch in Kassel Bürgerinnen und Bürger zusammen, die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs den Nationalismus überwinden und ein vereintes Europa bauen wollten. Sie gründeten die Kasseler Gruppe der Europa-Union als Teil der europäischen Bürgerbewegung.“

Wie die Lebensbedingungen vor 60 Jahren in der unmittelbaren Nachkriegszeit aussahen, schilderte plastisch Renate Benthaus, Tochter des Kasseler Verbandsgründers Dr. Ernst Michael. Weniger politische Ideen bestimmten den Alltag der Menschen, sondern vielmehr der Kampf um das tägliche Überleben. Dennoch seien die Menschen auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Perspektive gewesen, hätten sich doch bei den ersten politischen Veranstaltungen zu einem vereinten Europa Hunderte von Teilnehmern eingefunden.

Drei der fünf Vorsitzenden der Kasseler Gruppe sind noch immer aktiv. Nachdem Wilhelm Knöll vor zwei Jahren vom Bundesverband ausgezeichnet worden war, erhielt Bodo Schild, Vorsitzender von 1990 bis 1998, aus den Händen von Landesvorsitzendem Thomas Mann die „Goldene Ehrennadel“ der Europa-Union Deutschland. Bodo Schild ist noch immer als Schatzmeister des Landesverbandes tätig. Auch dem Kasseler

Vorstand gehört er als Schatzmeister an. Dr. Wett kündigte an, dass sich der Kasseler Kreisverband auch im begonnenen Jahr mit Informationsangeboten an seine Mitglieder und an alle Interessierten wenden wolle. Schließlich seien im „Superwahljahr 2009“ alle Bürgerinnen und Bürger auch zur Wahl des Europäischen Parlamentes aufgerufen. Eine Wahl, bei der angesichts der europäischen Agenda eine mindestens ebenso hohe Wahlbeteiligung wie auf Landes- und Bundesebene wünschbar sei, betonten Landes- und Kreisvorsitzender. Die Europa-Union wolle aber auch wiederum direkte Begegnungen europäischer Bürger fördern: Im Mai steht eine Studienreise nach Luxemburg mit Besuch des Europäischen Gerichtshofes an. Weitere Informationen dazu bei Sabine Anselmann-Seydler, Telefon 05 61 - 88 40 56.

gischen Seenplatte statt. Stationen sind dabei u.a. Stralsund und Güstrow. Bei der Anreise wird die Lutherstadt Wittenberg erkundet, bei der Rückreise Dresden.

Eine etwas „andere“ Rom-Reise bietet der Kreisverband in der Zeit vom 6. bis 13. September an. Die Teilnehmer wohnen im Gästehaus eines Klosters am Petersplatz und unternehmen täglich, auch abends, unter Leitung eines pensionierten Latein- und Geschichtslehrers themenorientierte Spaziergänge, um die „ewige Stadt“ bzw. das „historische Herz“ Europas zu erkunden. Für Mitglieder gibt es bei dieser Flugreise einen ermäßigten Preis.

Prag ist ein weiteres Wunschziel des Kreisverbands, weil Tschechien in der ersten Jahreshälfte die EU-Ratspräsidentschaft ausübt und die deutsch-tschechische

Nachbarschaft besonders gepflegt werden soll. Gerne möchte die Europa-Union Kontakt zu bestehenden Partnerschaften aufnehmen und eventuell am verlängerten Wochenende zu Fronleichnam (11.-14. Juni 2009) reisen.

Die 5. Weinreise ist fest eingeplant für das zweite Wochenende im Oktober, mit dem auch die

Herbstferien beginnen. Attraktive Ziele sind diesmal der Kaiserstuhl und das Elsass.

Deutsch-Französische Begegnungen werden organisiert in Cléon d'Andran mit der 42. Provence-Fahrt vom 12. bis 19. Juli 2009 und dem Gegenbesuch in Wasenberg; dabei gibt es vom 8. bis 15. August gemeinsame Tagesausflüge in der Region zum Jahresthema „Parks und Gärten“.

Informationen zu allen Fahren sind erhältlich über die Telefonnummer 0 66 91 - 91 97 76 sowie die Homepage des Kreisverbandes www.europa-union-schwalm-eder.de.

Verantwortlich: Dr. Norbert Wett



(v.l.n.r.) Dr. Norbert Wett, Bodo Schild, Landesvorsitzender Thomas Mann
MdEP
Bild: Europa-Union Hessen

Kreisverband Schwalm-Eder Reisejahr 2009

Sofort nach dem Fall von Mauer und Zonengrenze hatte der Kreisverband noch Ende 1989 Kontakte nach Eisenach und Halberstadt aufgebaut. Seit 1990 gab es regelmäßige Fahrten und Begegnungen. Im Hinblick auf die anstehenden 20. Jahrestage in 2009/10 sollen die Verbindungen wieder belebt werden. Der Tag der deutschen Einheit soll auf jeden Fall wieder in einem der neuen Bundesländer verbracht werden.

Vom 17. bis 23. August 2009 findet eine Busreise nach Rügen und zur Mecklenburg-



Mecklenburg- Vorpommern

„Wir gegen Rechts“ – mehr als ein wichtiger Slogan!

Bereits die Einladung zu dieser im Dezember 2008 durchgeführten Tagesveranstaltung fand bei Mitgliedern und Sympathisanten der Europa-Union und bei Interessenten aus Bildung, Wirtschaft und Kirche aus Mecklenburg-Vorpommern eine gute Resonanz. So wurde in Neubrandenburg über die Entwicklung des Rechtsextremismus im nord-östlichen Bundesland und darüber hinaus sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger angeregt diskutiert. Speziell für den Bereich der politischen Bildung legte Jochen Schmidt, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung in Schwerin, die Diskussionsgrundlage. Selbstverständlich ergaben sich Fragen zum Thema, denn gerade der Einfluss politischer Bildung kann natürlich

sehr entscheidend sein. Ausgesprochen engagiert, kompetent und informativ schloss sich der Vortrag des Landtagsabgeordneten Mathias Brodkorb an. Dieser erläuterte anschaulich die Zusammensetzung der Mitglieder der NPD und deren „Aufreten“ im Landtag. „Im Prinzip deklassieren sie sich durch ihr Verhalten selbst.“ Das Wahlverhalten aller könnte dem erheblich nachhelfen. MdL Brodkorb machte aber auch auf die „neue Qualität“ der rechtsgerichteten Partei und auf Unterschiede im rechtsextremen Spektrum aufmerksam. Die Zuhörer erkannten, dass es wichtig sei, auch veränderte Gegebenheiten wahrnehmen und in aktuelle Bedingungen einordnen zu können. Zwei Sozialpädagoginnen vom Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte rundeten die Veranstaltung „Wir gegen Rechts“ mit ihren Ausführungen ab. Sie vermittelten ein aufschlussreiches und teilweise auch erschreckendes Bild vom Eingreifen rechtsgerichteter Lebensweise in den Alltag von Menschen. Sie zeigten auf, wie Kinder, die sich nicht wehren können, in rechtsextrem denkenden Familien aufwachsen müssen, wie Veranstaltungen organisiert werden, die ihren wahren Charakter nicht zeigen, und wie schwierige Situationen von Menschen ausgenutzt wer-

den, um sie in ihrem Denken und Handeln in eine falsche Richtung zu lenken. Fazit dieser gelungenen Veranstaltung ist, dass es sich lohnt, gegen jede Form rechtsgerichteter Ideologie aufzutreten. Einerseits ist der Staat in die Pflicht genommen, Demokratie zu beschützen, andererseits muss aber auch von jedem Bürger Zivilcourage erwartet werden. Hier hat gerade auch die Europa-Union in der Auseinandersetzung mit europapolitischen Auffassungen des Rechtsextremismus eine wichtige Aufgabe.

Verantwortlich: Claudia Weigel



Impressum

1/2009

EUROPA AKTIV – Aktuelles aus Politik und Verbandsleben

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 620 130, Fax: (030) 303 620 139
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v.i.S.d.P.),
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr
Tel.: (026 43) 90 1604, Fax: (026 43) 90 25 52
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. 01.2009. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen,
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.
Tel. und Fax: (02683) 943 908
Mobil: (0171) 507 69 32
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

Druck:

Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied
Internet: http://www.raiffeisendruckerei.de

Annahmeschluss Ausgabe 2/2009:
10. März 2009

Verantwortlich: Bettina Thöring